

Newsletter 03/23, 31. März 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land, das Schutzbedürftige gerne aufnimmt. Um unserer humanitären Verantwortung gegenüber diesen gerecht zu werden, müssen wirksame Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration getroffen werden – national, europäisch und international. Denn die faktischen Aufnahmekapazitäten stoßen vielerorts an ihre Grenzen. Allein 2022 wurden in Deutschland 244.000 Asylanträge gestellt.

Wir haben deshalb als CDU/CSU-Bundestagsfraktion alle Landräte und Oberbürgermeister, die Präsiden der Kommunalen Spitzenverbände und viele weitere Bürgermeister und Kommunalpolitiker zum Kommunalgipfel "Asyl- und Flüchtlingspolitik" zu einem Austausch in den Deutschen Bundestag eingeladen. Kommunalpolitiker konnten am „offenen Mikrofon“ von der Situation vor Ort berichten und im Anschluss wurden in einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Spitzenverbände, der Bundes- und Landespolitik konkrete Lösungsansätze diskutiert. Mit den aus diesem Gipfel entstandenen Ideen werden wir einen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen und uns so dafür einsetzen, dass sich die Situation in den Kommunen wieder entspannt.

Darüber hinaus gab es royalen Besuch im Bundestag: Der britische König Charles III. hat mit Königin Camilla Deutschland besucht und eine Rede im Plenum gehalten. Neben ernsten und aktuellen Themen wie Krieg und Krisen warb Charles für das kulturelle und politische Bündnis beider Länder. Wenn Gemeinsamkeiten über Unterschiede gestellt werden, könnten Großbritannien und Deutschland ein Vorbild für die Welt sein. Zu den Gemeinsamkeiten zählte der König die Leidenschaft für den Fußball und die "traditionelle Verabredung" vieler Deutscher mit Miss Sophie am Sylvester-Abend. Engländer hingegen kennen und schätzen noch immer die popelektronischen Sound der Band "Kraftwerk".

Ihre



Neues aus dem Bundestag



Meine 8. und 9. Rede im Bundestag

Im März habe ich zwei Reden im Plenum gehalten. Die erste [Rede](#) beschäftigte sich mit der Stiftung unabhängige Patientenberatung.

Nach eineinhalb Jahren des Wartens soll jetzt die Idee umgesetzt werden, die Union und SPD-Fraktion in der vergangenen Wahlperiode bereits beschlossen haben: eine Stiftung zur unabhängigen Patientenberatung einzurichten. Allerdings ist die Umsetzung misslungen, wir üben daher starke Kritik und lehnen das Gesetz in der aktuellen Fassung ab!

Problematisch ist erstens die Unabhängigkeit der Stiftung:

Wie kann eine Stiftung unabhängig sein, wenn den Stiftungsvorsitz der Patientenbeauftragte der Bundesregierung übernimmt und nicht eine Vertretung von

Patientinnen und Patienten?

Wie kann eine Stiftung unabhängig sein, wenn die gesetzliche Krankenversicherung verpflichtend und auf freiwilliger Basis die Private Krankenversicherung die Finanzierung übernehmen sollen? Es bestehen bereits Zweifel an der Rechtmäßigkeit und Klagen wurden angekündigt. Wir hätten uns hier eine andere Finanzierungsform, etwa durch Steuermittel, gewünscht.

Zweitens ist es richtig, endlich das umzusetzen, was Minister Lauterbach schon lange versprochen hat: ärztliche Leistungen für Kinder und Jugendliche endlich besser zu vergüten. Aber doch bitte nicht so! Es gibt bewährte, eingespielte Verfahren, die sicherstellen, dass die versprochene Vergütung auch schnell und unbürokratisch bei den Ärztinnen und Ärzten ankommt. Dies haben wir vorgeschlagen. Stattdessen werden "neue Umwege" erfunden, obwohl es bereits bewährte und sichere Wege gibt.

Drittens kritisieren wir, dass die Austauschmöglichkeit von Arzneimitteln in Apotheken bei Lieferengpässen lediglich bis zum 31. Juli 2023 befristet wird. Gut ist, dass die Regelung, die von der unionsgeführten Regierung in der Corona-Zeit eingeführt wurde, verlängert wird. Aber warum die kurze Frist mit dem Argument, bis dahin mit dem geplanten Versorgungsgesetz eine dauerhafte neue Regelung schaffen?!

Für mich klingt das nach „dem Prinzip Hoffnung“, vielleicht aber auch Selbstdisziplinierung der Ampel-Koalition. Denn bei den aktuellen Streitigkeiten in der Ampel und über 30 Gesetzen, die in der Warteschlange stehen, wird die Ampel-Koalition sich auch darüber wieder in Streitigkeiten verlieren und nicht zum Punkt kommen.

Daher mein Tipp an die Regierungsparteien: Legen Sie sich diesen Punkt schonmal auf Wiedervorlage für die letzte Sitzungswoche vor der Plenarpause im Juli, sicher ist sicher!



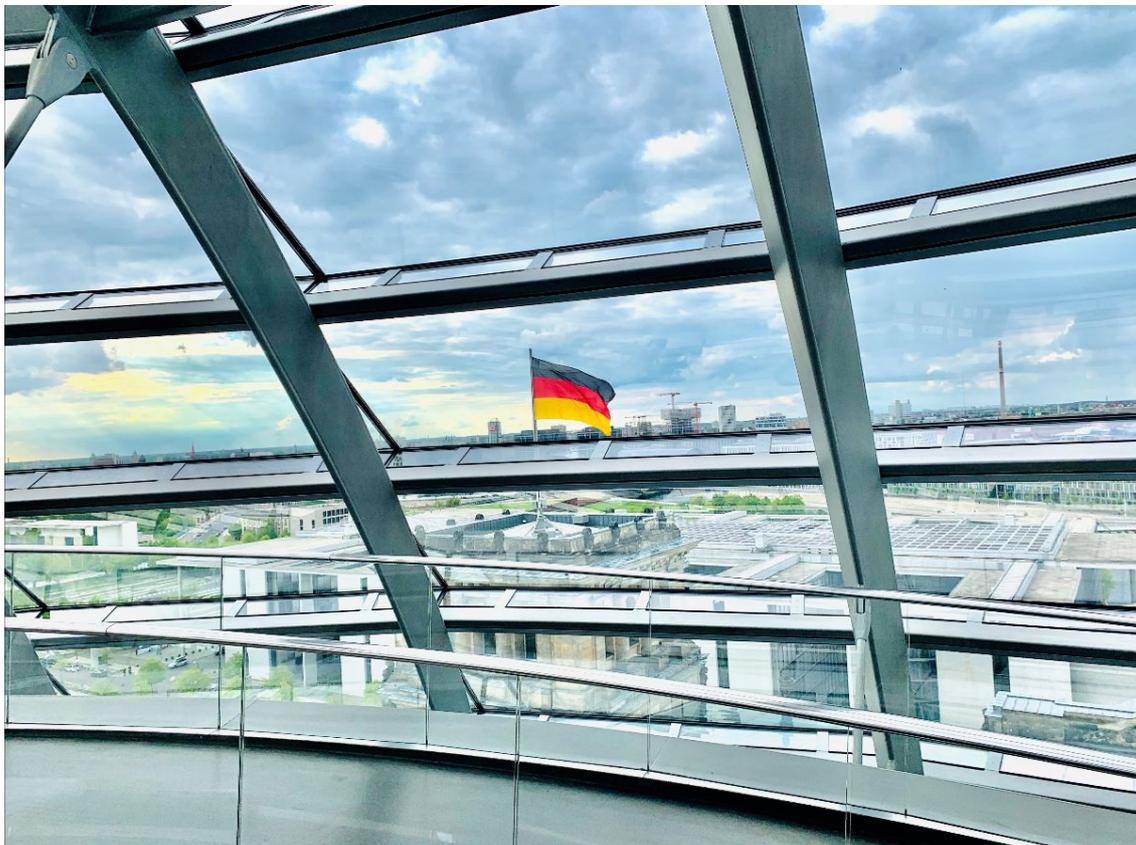
In meiner zweiten [Rede](#) ging es um die Ungleichbehandlung im Gesundheitswesen bei der Auszahlung des Coronabonus'. Die CDU/CSU-Fraktion hat in dieser Woche den Antrag „Wichtige Leistungsträger im Rettungs- und Gesundheitswesen wertschätzen – Inflationszuschuss für Berufsgruppen einführen, die von der Bundesregierung nicht mit dem Coronabonus bedacht wurden“ eingebracht. Ich habe den Vertreterinnen und Vertretern der Ampel in meiner Rede zum Antrag die Realität vieler Beschäftigter in der Pflege aufgezeigt:

Obwohl beispielsweise eine Pflegehilfskraft am gleichen Bett wie eine Pflegekolleg:in im Team arbeitet, hat sie keinen Pflegebonus bekommen. Pflegepersonal in Dialysezentren, Pflegehilfskräfte für Auszubildende in Pflegehelfer- und Gesundheitsberufen aller Lehrjahre sowie für die entsprechend Beschäftigten in den Krankenhäusern, in denen weniger als zehn Patientinnen und Patienten mehr als 48 Stunden behandelt wurden, die mehr als 48 Stunden beatmet wurden, sind leer ausgegangen. Diese Ungleichbehandlung darf nicht sein!

Die Pflege ist in einer älter werdenden Gesellschaft eine Schicksalsfrage, für die diese Koalition den finanziellen Rahmen stecken muss. Entscheidungsverantwortung sieht anders aus!

Auch Wertschätzung sieht anders aus. Sie muss allen Beschäftigten gleichermaßen zugutekommen. Das Zusammenspiel aller Leistungsträger hat das Gesundheitswesen in der Pandemie stabilisiert.

So hat auch Minister Lauterbach am 24. November wörtlich im Plenum gesagt: „Es gibt durchaus Fälle, in denen jemand den Bonus nicht bekommt, obwohl er ihn verdient hat. (...) Wir haben den Bonus so umgesetzt, wie es uns richtig zu sein schien. (...) Wenn es noch eine kleine Lücke geben sollte, dann gehen wir dem nach.“ Jetzt wäre die Chance dafür gewesen. Durch Zustimmung zu unserem Antrag und Zahlung des Inflationszuschusses an die Leistungsträger im Gesundheits- und Rettungswesen, die den Coronabonus nicht erhalten haben. Es gibt kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit!



Plenarwoche vom 27. März bis 31. März

Unser Leitantrag der Woche stellte dieses Thema in den Fokus: [„Deutschland braucht eine Nationale Sicherheitsstrategie“](#).

Schon im Koalitionsvertrag wurde die Vorlage einer Nationalen Sicherheitsstrategie innerhalb eines Jahres angekündigt. Doch ein strategiesetzendes Dokument, welches Deutschlands Interessen und Werte in einer unsicheren Welt definiert, fehlt weiterhin. Wir fordern darum einen schnellen strategischen und institutionellen Kulturwandel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei müssen die Interessen des Landes, seine Werte, regionale Prioritäten und der Mitteleinsatz benannt werden. Ein Nationaler Sicherheitsrat, angesiedelt im Bundeskanzleramt, soll dabei Strategie und Krisenprävention koordinieren. Unter Beteiligung der Bundesländer soll hier ein umfassendes Bild innerer und äußerer Sicherheit erstellt werden. Nicht zuletzt bedarf es einer gesetzlichen Grundlage für die Nationale Sicherheitsstrategie, um den Bundestag in außen- und sicherheitspolitische Debatte bestens einzubinden.

Plenarwoche vom 20. März bis 24. März

Zu den Kernanliegen der Woche zählte u. a. unser Antrag ["Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom in Deutschland muss gestärkt werden"](#).

Allein in Deutschland leiden mindestens eine Million Menschen unter den teilweise sehr belastenden Folgen einer COVID-Infektion. Die Forschung zu Long COVID, ME/CFS und Post-Vac-Syndrom ist in Deutschland bislang unzureichend. Vor allem die Betroffenen haben den Anspruch, möglichst viel über Ursache, Folgen und Behandlungsmöglichkeiten von Long COVID zu erfahren. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, diese Forschung im Rahmen einer koordinierten Projektförderung erheblich auszubauen. Zusätzlich muss die Bundesregierung eine langfristig und breit angelegte Forschungsstrategie gegen Long COVID unter gemeinsamer Federführung des Bundesforschungs- und des Bundesgesundheitsministeriums nach dem Vorbild der „Nationalen Dekade gegen den Krebs“ aufsetzen. Sie muss dafür Sorge tragen, dass Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich bei den Betroffenen ankommen.

Eine weitere Initiative unserer CDU/CSU-Fraktion beschäftigte sich mit der [Sicherung bezahlbarer Stromversorgung](#).

In erster Lesung debattieren wir das von unserer Fraktion erarbeitete Gesetz zur Sicherung bezahlbarer Stromversorgung. Die Sicherheit der Energieversorgung steht aktuell vor großen Herausforderungen, sodass vorhandene Potentiale für den Winter 2023/2024 rechtzeitig genutzt werden müssen. Eine sichere und verlässliche Energieversorgung ist eine Frage nationaler und europäischer Sicherheit und Souveränität. Der Gesetzentwurf sieht daher u. a. den temporären Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen AKWs bis Ende 2024 sowie Maßnahmen zum schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Senkung des Strompreises und zur Abschaffung der von der Ampel eingeführten Erlösabschöpfung vor.

Plenarwoche vom 27. Februar bis 3. März

In dieser Plenarwoche standen unter anderem folgende Themen im Mittelpunkt:

In den vergangenen Monaten ist – auch über den Zuzug ukrainischer Kriegsflüchtlinge hinaus – die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit Herbst letzten Jahres nochmals deutlich zugenommen. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung enorm unter Druck, die Kapazitäten zur Aufnahme sind vielerorts erschöpft. Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des weiteren Kriegsverlaufs in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.

Mit unserem Antrag ["Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden"](#), den wir in dieser Woche abschließend im Plenum beraten, fordern wir: Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben. Die dramatische Migrationslage muss in der Bundesregierung endlich Chefsache werden. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen.

Ein weiterer wichtiger Antrag hatte Folgendes zum Thema: ["Forschungsstandort Deutschland stärken – Bessere Rahmenbedingungen für Datennutzung und KI schaffen"](#).

Der internationale Wettbewerb um die Technologien der Zukunft ist rasant. Der Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland muss sich stets weiterentwickeln, um international in der Spitze mithalten zu können. Dies gilt auch für die klinische Forschung. Gerade im Bereich der Universitätsmedizin gibt es noch ungenutztes Potenzial, das es zu entfesseln gilt. Wir müssen dafür sorgen, dass Forschungskapazitäten in Deutschland auf- und nicht abgebaut werden. Mit unserem Antrag fordern die Bundesregierung auf, strukturelle Hemmnisse abzubauen und insbesondere die Universitätsmedizin stärker in den Fokus zu rücken.



DialogWERKSTATT „Kampf um Demokratie und Frauenrechte im Iran“

In meiner zweiten DialogWERKSTATT in diesem Jahr zum Thema „Kampf um Demokratie und Frauenrechte im Iran“ haben wir uns mit drei Expert:innen und rund 50 interessierten Bürgerinnen und Bürgern sehr angeregt ausgetauscht.

Neda Amani, Historikerin und Menschenrechtsaktivistin für den Iran, hat uns über den 40 Jahre andauernden Konflikt im Iran und wichtige Meilensteine berichtet. Die aktuellen Proteste gehen tiefer als zuvor, es sind alle sozialen und Altersklassen beteiligt. Sie reichen sogar bis in die Angehörigen und Mitarbeiter des Regimes. Die wirtschaftliche Lage im Iran ist sehr angespannt, ein Großteil der Bevölkerung lebt in prekären Umständen und Korruption sowie die ungerechte Verteilungspolitik des Regimes bei Ressourcen fachen die Proteste an. Im Schnitt richtet der Iran in den letzten Jahren darüber hinaus 60-70 Menschen pro Monat hin.

Nina Passian, Pädagogin und Mitglied des iranischen Frauenverbands Baden-Württemberg, berichtete über die Situation von Frauen und Mädchen im Iran. Die gesetzlich verbrieften Nachteile, Unterdrückung und Bevormundung sowie drakonische Strafen bei Verstoß beispielsweise gegen die Kleiderordnung bis hin zu Giftgasanschlägen in Mädchenschulen bestimmen den Alltag der weiblichen Bevölkerung. Der Kampf der Frauen um ihre Freiheit geht dabei auch auf viele Jahrzehnte vorheriger Herrschaft zurück. Hanif Mahoutchianh, Gründer der demokratisch-iranischen Jugend, betonte, dass der Widerstand in 40 Jahren nicht zerschlagen werden konnte, auch wenn immer wieder vom Regime Situationen geschaffen werden, um politische Gegner mit der Begründung „diejenigen, denen gerade Schlechtes angetan wird, haben vorher viel Schlimmeres getan“ auszuschalten. Wichtigste und effektivste Hilfsmaßnahme ist nun, die Revolutionsgarden als Terrororganisation einzustufen. Aber die Ampel-Koalition ist diesen notwendigen Weg bisher nicht gegangen.

Merken Sie sich auch schon den Termin meiner nächsten DialogWERKSTATT zum Thema "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft?! - Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck" vor: Mittwoch, 19. März, 17:30 Uhr.

Neues aus dem Wahlkreis



Podiumsdiskussion mit dem Lörracher Jugendrat

Auf Einladung des Lörracher Jugendrates habe ich mit Jugendlichen, der Integrationsmanagerin Daria Bryzgalova und Joscha Frey MdL im Campus Rosenfels in einem Podiumsgespräch zum Thema «Unterschiede in der Behandlung Geflüchteter – wie groß ist das Problem wirklich?» unter Moderation von Debora Neuer diskutiert. Der neu gegründete Lörracher Jugendrat hat damit an der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ teilgenommen.

Diskussionspunkte waren insbesondere:

- die unterschiedlichen Leistungen und Bedingungen für Geflüchtete aus der Ukraine gegenüber Menschen aus u.a. dem Irak, Afghanistan und Syrien Herausforderung und Überforderung der Kommunen bei der Unterbringung, Integration, Sprachkursen, Kita-Plätzen etc.
 - dringend benötigte Gespräche der Bundesregierung zu Solidarität und Einigung mit anderen Europäischen Ländern, um Geflüchtete gleichmäßig zu verteilen
 - Harmonisierung der Integrations- und Sozialleistungen innerhalb der EU im Sinne einer Gleichwertigkeit der gewährten Leistungen
 - Standardabsenkung und Vereinfachung von bürokratischen Verfahren, um Personal in den Landkreisen, Städten und Gemeinden zu entlasten, z.B. bei der Abrechnung von Flüchtlingskosten, Leistungsanträgen, Qualitätsanforderungen in der Flüchtlingssozialarbeit und die vielfältigen Dokumentationspflichten.
-



Besuch im Altenpflegeheim St. Margareten

Vor-Ort-Termin im Altenpflegeheim St. Margareten in Staufen. Das Margaretenheim liegt am Schlossberg zentral in der Stadt und besteht bereits seit 1968. Damit blickt es auf eine lange Tradition als ordensgeführtes Haus unter dem Leitbild christlicher Nächstenliebe zurück.

Mich hat die Geschichte des Hauses und die sehr schön angelegten Innen- und Außenbereiche beeindruckt. Die zentrale Lage in der Stadt ermöglicht den Bewohnerinnen und Bewohnern, soweit es geht, die Teilnahme am täglichen Leben. Das Haus wird darüber hinaus von der gesamten Stadtgesellschaft getragen. Viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen beim Betrieb. Dies zeigt die tiefe Verankerung bei den Menschen in Staufen.

Natürlich haben wir bei meinem Besuch darüber gesprochen, wo „der Schuh drückt“. So wurde das Thema des Fachkräfte- und Personalmangels auch hier wieder aufgebracht. Insbesondere die Leiharbeit zur Kompensation fehlender Kräfte bewegt das Team des St. Margaretenheims. Zum einen sind Leiharbeitskräfte sehr teuer und finanziell kaum tragbar für das Heim. Zum anderen führte der Einsatz von Zeitarbeitskräften zum Gefühl von Unterschieden bei den Mitarbeitenden und damit verbundener schlechter Stimmung. Daher hat sich die Leitung gegen den Einsatz von Leiharbeitskräften entschieden und reizt dafür die Belegkapazitäten nicht aus, um den Zusammenhalt und das gute Arbeitsklima für die Angestellten zu erhalten.

Augenblicke



... Unterstützung für LongCovid/PostVac-Geschädigte sowie ME/CFS-Erkrankte. Die Forderung nach Ausbau der Forschung von Ursachen und Heilung befürworte ich sehr ...
Abendspaziergang durch den heimatlichen Walt, um den Kopf wieder freizubekommen..



... mit Bürgermeister Frank Littwin der Gemeinde Hasel in Erdmannshöhle Hasel -
wunderschön!... und bei der Regio Messe Lörrach im Gespräch mit den Ausstellern aus
Gastronomie, Handwerk und Tourismus ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

02.- 05. April Bundespresseamtsfahrt aus dem Wahlkreis nach Berlin

Mittwoch, 05. April: Teamklausur in Berlin

Donnerstag, 06. April: Gespräch Verband der Ersatzkassen e. V.

Mittwoch, 12. April: Gespräch mit dem Betreuungsverein SKM Kreis Lörrach

Mittwoch, 12. April: Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro

Donnerstag, 13. April: Betriebsbesichtigungen mit der MIT Kreis Lörrach

Donnerstag, 13. April, 18 Uhr: Start-Veranstaltung des neuen MIT-Projektes unter dem Motto: „NEUES VON DER WERKBANK !“

Samstag, 15. April: CDU-Bezirksvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Europawahl 2024

17. - 21. April Plenarwoche Bundestag Berlin

Mittwoch, 19. April, 17:30-19 Uhr: digitale DialogWERKSTATT "Wasserstoff als Treiber einer neuen, grünen Zukunft?! - Bedeutung für die Wirtschaft im Dreiländereck", den Link finden Sie vorab auf meiner Homepage www.diana-stoecker.de

Freitag, 21. April: Vollversammlung der Deutschen Sektion der Europäischen Frauen-Union

Samstag, 22. April: Eröffnung der SPORE Initiative Berlin der Schöpflin Stiftung Lörrach

23.- 26. April Bundespresseamtsfahrt aus dem Wahlkreis nach Berlin

24. - 28. April Plenarwoche Bundestag Berlin

Samstag, 29. April: Kommunale Gesundheitskonferenz Kreis Lörrach

Samstag, 29. April: Begehung Binzen mit CDU Ortsverband Vorderes Kandertal



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de